

Big Brother is watching you

Politische Opposition und Internet in Vietnam

Dass soziale Netzwerke wie Facebook in Vietnam gesperrt sind, mag für diejenigen, die nur ein wenig Ablenkung vom Alltag suchen, sehr ärgerlich sein. Für zahlreiche so genannte Cyberdissidenten aber endete ihr Engagement im Internet in den letzten Jahren häufig mit einer mehrjährigen Haftstrafe.

Genia Findeisen

Der Anwalt und Menschenrechtsverteidiger Le Cong Dinh sah sich Mitte Januar 2010 sogar der Anklage der Subversion ausgesetzt, worauf in Vietnam die Todesstrafe steht.

Die geltende Verfassung von 1992 garantiert das Recht auf Meinungsfreiheit in Artikel 69, allerdings nur, wenn diese Meinung mit der Regierungs- und Parteilinie übereinstimmt. Artikel 33 besagt nämlich ausdrücklich, dass es zu den primären Aufgaben des Staates gehört, die Öffentlichkeit durch Kommunikation mittels Massenmedien zu informieren. Alle Aktivitäten, »die den nationalen Interessen entgegenstehen oder zerstörend auf den Lebensstil und die Moral der Bevölkerung wirken«, sind untersagt.¹

Zu diesen Aktivitäten zählt Kritik am kommunistischen System und der Regierung und vor allem deren Verbreitung. Diese Aktivitäten gefährden nach Auffassung der Regierung die nationale Sicherheit und sind dazu geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung in die Partei zu unterlaufen. Nach Artikel 88 des Strafgesetzbuches können entsprechende Verstöße dagegen mit bis zu 20 Jahren Haft bestraft werden.

In der Regel ist es dieser Paragraf des Strafgesetzes, nach dem Cyberdissidenten angeklagt werden. Erst im Herbst 2009 sind acht Blogger wegen Verbreitung von Propaganda gegen den Staat verurteilt worden. Sie hatten die Regierungspolitik kritisiert, indem sie die Haltung der vietnamesischen Regierung im Konflikt mit China über die Paracel und Spratley Inseln im Südchinesischen Meer als Einknicken gegenüber der Regierung in Peking gewertet hatten. Ihr Prozess dauerte nur wenige Stunden; alle wurden zu Haftstrafen von zwei bis sechs Jahren ver-

urteilt. Meistens erwartet sie danach noch eine längere Phase des Hausarrestes.²

Eine schärfere Gangart wird seit 2004 eingeschlagen

Internetkontrollen gibt es zwar bereits seit 1996, eine schärfere Gangart wird jedoch erst seit 2004 eingeschlagen. Seinerzeit wurden einige Internetcafés in *Ho Chi Minh City* (HCMC) geschlossen, nachdem man dort regierungskritische Seiten entdeckt hatte. Die darauf folgenden Maßnahmen ließen sich langfristig allerdings nicht durchsetzen. Internetcafébetreiber wurden dazu angehalten, die Benutzer zu registrieren, und es wurde ihnen verboten, auf ausländische Internet Service Provider zurückzugreifen, welche den Zugriff auf gesperrte Seiten ermöglichen. Heutzutage lassen sich gesperrte Seiten auch in Vietnam wieder problemlos aufrufen, indem man www.sitesunblock.com eingibt und dann dort die gewünschte Adresse einträgt.

Grundsätzlich sind alle Seiten mit sensiblem politischem und religiösem Inhalt gesperrt, die nicht ausreichend systemkonform sind. Pornografische Seiten oder sonstige Sexseiten sind hingegen bis auf einzelne Seiten frei zugänglich. Anders als viele andere Staaten benutzt Vietnam keine kommerzielle Filtersoftware, sondern hat eine Liste mit den zu sperrenden Seiten erstellt. Hauptsächlich befinden sich auf dieser schwarzen Liste Webseiten in vietnamesischer Sprache. Durch die eigene Liste kann die Filterung sehr viel besser auf die staatliche Zensur ausgerichtet werden als mit kommerzieller Software. Letztendlich geht es darum, die Kritik und Vernetzung der Opposition zu stoppen, während die Wirtschaft weiter wachsen soll.

Der enorme Zuwachs an Internetbenutzern erschwert auch die Kontrolle deren Nutzungsverhaltens. Mittlerweile belaufen sich die Schätzungen auf eine Zahl von etwa 20 Millionen Internetnutzern, ein Viertel der Bevölkerung – mit steigender Tendenz. Die Wenigsten von ihnen haben Internetanschlüsse

Die Autorin ist Politikwissenschaftlerin und Vorstandsmitglied des Trägervereins der SOAI. Ihr Forschungsschwerpunkt ist Demokratisierung und Frauenrechte in Südostasien.

zu Hause, sondern nutzen den Service in Internetcafés (das Nutzungsentgelt beträgt 3.000 – 5.000 Dong pro Stunde, entspricht 0,15 Euro) oder sie surfen in den WiFi Cafés über Hotspots, falls sie über einen Laptop verfügen. Die vietnamesische Regierung hat festgestellt, dass sie die Vielzahl der Blogs und sonstigen Online-Aktivitäten nicht mehr kontrollieren kann. Gerade auch für Dissidenten gewann das Internet eine immer größere Bedeutung. Sie konnten nun wesentlich einfacher Regierungskritik verbreiten, Petitionen verschicken oder gar Parteien gründen, denn das Risiko entdeckt zu werden, wurde geringer. Oppositionelle, die unter Hausarrest standen, konnten durch das Internet mit den Anderen in Kontakt bleiben. Daher ist die Regierung seit 2006 dazu übergegangen, regelmäßig einzelne Blogger für einige Jahre zu inhaftieren, um die restliche Internet-Community einzuschüchtern.

Der letzte Prozess dieser Art fand erst am 20. Januar diesen Jahres statt und erregte internationales Aufsehen, da einem Angeklagten sogar die Todesstrafe drohte. Die vier Dissidenten wurden nach Art. 88 angeklagt. Ihnen wurde vorgeworfen, Agenten ausländischer Staaten zu sein, welche Vietnam destabilisieren wollten. Ebenso wurden ihnen Kontakte zur verbotenen *Democratic Party of Vietnam* (PDP) angelastet. Die PDP wurde im Jahre 2005 als Partei im Internet gegründet. Die Kommunikation zwischen den Mitgliedern findet hauptsächlich im Internet statt.

Angeklagt waren unter anderem Nguyen Tien Trung sowie der prominente Menschenrechtsanwalt Le Cong Dinh. Trung hat in Frankreich Informationstechnologie studiert und während seines Studiums dort Meinungsfreiheit kennen gelernt. Ihm wurde Propaganda gegen den Staat vorgeworfen, denn er hatte eine demokratische Jugendorganisation gegründet und einen kritischen Brief an die Regierung ins Internet gestellt. Darin übte er heftige Kritik an der Erziehungspolitik der Regierung, vor allem hinsichtlich der vietnamesischen Universitätspolitik. Ergänzend dazu veröffentlichte er Stellungnahmen seines ehemaligen Professors in Frankreich im Netz. Er wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt, da er die ihm vorgeworfenen Straftatbestände vor Gericht zugab und somit als geständig angesehen wurde.

Le Cong Dinh wurde wie seine drei Mitangeklagten zunächst wegen Propaganda gegen den Staat nach Art. 88 angeklagt. Besonderes internationales Aufsehen entstand, als im Dezember 2009 bekannt wurde, dass Le Cong Dinh mittlerweile Umsturzversuche gegen den vietnamesischen Staat vorgeworfen wurden. Nach Art. 79 des Strafbuchgesetzes kann für dieses Vergehen die Todesstrafe verhängt werden. Dinh war im Juni 2009 festgenommen worden, nachdem

er nach Thailand gereist war, um sich mit Mitgliedern der PDP zu treffen. Dort soll er auch an der Formulierung einer Verfassung mitgearbeitet haben. Aus diesem Grund wurde ihm Subversion vorgeworfen, ein Vorwurf, der seit den 1980er Jahren nicht mehr erhoben worden war.

Dinh war früher Vizepräsident der *HCM Bar Association*, hat in den USA mit einem Fulbright Stipendium Rechtswissenschaften studiert und mit seiner Firma *DC Law* zahlreiche Firmen wie *Yahoo* und *Michelin* vertreten. Im Jahr 2003 vertrat er die vietnamesische Regierung in einer Sache gegen das US Department of Commerce und gewann den Prozess. Er hat in der Vergangenheit allerdings auch mehrfach Internetdissidenten verteidigt. Auch Le Cong Dinh hat alle Vorwürfe gegen ihn zugegeben. Die vergleichsweise geringe Strafe von fünf Jahren wird allerdings eher auf das internationale Aufsehen zurückgeführt, welches sein Fall erregt hatte. Mehrere Menschenrechtsorganisationen hatten sich während seiner Untersuchungshaft mit Appellbriefen an die Regierung für seine bedingungslose Freilassung eingesetzt.

Der Internetunternehmer Tran Huynh Duy Thuc wurde hingegen zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt. Sein politisches Engagement liegt vor allem darin begründet, dass er einen politischen Wechsel als notwendig ansieht, damit die korrupte Regierung abgelöst werden kann. Er hatte sich während des Prozesses geweigert, sich der Anklage schuldig zu bekennen. Stattdessen erhob er seinerseits Vorwürfe, während der Untersuchungshaft misshandelt worden zu sein.

Zum Prozess waren weder Verwandte noch westliche Journalisten zugelassen. Diese konnten den Prozess bei schlechter Übertragungsqualität in einem Nebenraum verfolgen. Ursprünglich waren für den Prozess zwei Verhandlungstage angesetzt worden. Aufgrund des großen Aufsehens, welches der Prozess bereits international erregt hatte, verkürzte man ihn auf wenige Stunden. Kurz nach der Urteilsverkündung gab es Appelle von mehreren Seiten, die Inhaftierten freizulassen. Vietnam ist Mitglied der UN, hat mehrere internationale Konventionen unterzeichnet und unterliegt damit einer regelmäßigen Berichtspflicht. Verstöße gegen diese Abkommen ziehen meist nur Rügen nach sich und setzen den jeweiligen Staat international unter Druck, direkte Konsequenzen wie Wirtschaftsboykotte erfolgen in der Regel nicht.

Aufsehen erregte auch das Vorgehen gegen Mitglieder des Block 8406. Diese internetbasierte pro demokratische Bewegung hatte am 8. 4. 2006 eine Onlinepetition ins Netz gestellt, die von mehreren tausend Personen unterzeichnet wurde. Darunter waren prominente Persönlichkeiten wie der international bekannte und langjährige Menschenrechtsaktivist Priester Nguyen van Ly sowie der frühere Armeeoffi-

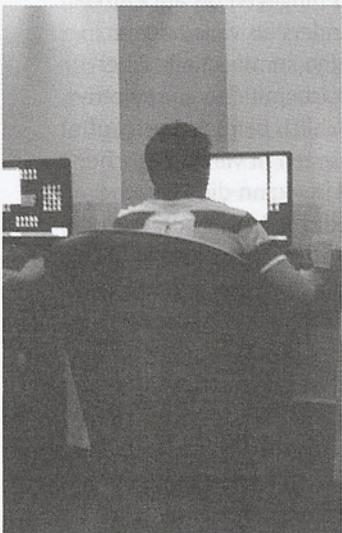


Foto: G. Findeisen

zier Tran Anh Kim, die beide derzeit ihre Haftstrafen verbüßen. In ihrer Petition hatten sie einen vierstufigen Plan für Vietnam gefordert, der folgende Punkte enthielt: Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten, Einführung eines Parteienpluralismus, Erarbeitung einer neuen Verfassung sowie freie und geheime Wahlen. Die Gruppe ist eine Dachorganisation mehrerer kleinerer oppositioneller Gruppen, die auch ein Informationsbüro unterhält. Die Gründung dieser Dachorganisation stellt die bisher größte Herausforderung für das Regime seit 1975 dar. Der Sprecher des Außenministeriums bezeichnete den Block 8406 als illegal und ließ im Jahre 2007 mehrere Mitglieder wegen Propaganda gegen den Staat (Artikel 88) verhaften. Einer der mittlerweile freigelassenen berichtete gegenüber Reportern ohne Grenzen von schlimmen und unmenschlichen Haftbedingungen, unter denen er und seine Aktivistenfreunde zu leiden hatten.³



Heute im Internetcafé ... Morgen im Gefängnis?

Foto: G. Findeisen

Das Ministerium schützt Blogger vor Straffälligkeit

Um die Aktivitäten von Internetdissidenten weiter einzuschränken und zu kontrollieren, hat die vietnamesische Regierung im September 2008 eine Verwaltungsbehörde für Radio, TV und Elektronik eingerichtet, deren Aufgabe es ist, das Internet zu beobachten. Auch sind die Strafen für Regierungskritik erhöht sowie einige neue Regelungen vom Ministerium für Information und Kommunikation erlassen worden. Seit Januar 2009 gilt das Dekret Circular 07, welches genaue Bestimmungen enthält, welche Inhalte auf Webseiten und in Blogs künftig noch erlaubt sind. Demnach ist ein Blog als persönliche Informationsseite definiert, in der nur Privates stehen darf. Es ist für Blogger strafbar, Artikel unter einem anderen Namen zu veröffentlichen. Alle sechs Monate muss der Hostler einen Bericht über die Aktivitäten seiner Kunden ans zuständige Ministerium liefern mit Informationen darüber, welche Blogs er unterhält, inklusive Statistiken und inhaltlicher⁴ Details. Nach Aussagen des stellvertretenden Ministers für Information und Kommunikation soll so der Blogger davor geschützt werden, straffällig zu werden, das Vaterland zu kritisieren und damit die Nation zu spalten.

Ebenso ist es nicht erlaubt, Presseberichte beispielsweise von ausländischen Medien zu veröffentlichen, die gegen das Pressegesetz verstoßen, das heißt welche nicht durch die entsprechende Behörde autorisiert wurden. Selbst den Editor der offiziellen Webseite der Kommunistischen Partei ereilte das Schicksal seiner systemkritischen Bloggerkollegen. Er hatte einen Artikel aus einer chinesischen Zeitung ins Netz gestellt. Darin ging es um die chinesischen Militärübungen auf den Paracel Inseln im Südchinesischen Meer. Ein chinesischer Offizier wurde mit folgenden Worten zitiert: »Das Ziel der chinesischen Armee bei diesen Übungen ist es, die maritimen südlichen Grenzen des Mutterlandes zu verteidigen.« Der Anspruch auf die Inseln ist umstritten. Auf der Seite der Volksrepublik China sind sie der Provinz Hainan unterstellt, werden aber sowohl von der Republik China als auch von Vietnam beansprucht. Der Editor musste für seinen Verstoß eine Geldstrafe von immerhin 30 Millionen Dong (entspricht 1.200 Euro) bezahlen.

Es ist fraglich, ob die Regierung die Kommunikation über das Internet auch in der Zukunft flächendeckend kontrollieren kann. Die Internet-Community einschließlich der Hackerszene ist sehr groß; sie wird sich langfristig nicht einschränken lassen.

Anmerkungen

- 1) Amnesty International (2006) Viet Nam: A tightening net: web-based repression and censorship. ASA 41/008/2006. <http://www.amnesty.org/ery/library/asset/ASA41/008/2006/en/818e2269-d3e5-11dd-8743-d305bea2b2c7/asa41.0082006en.html>
- 2) OpenNet Initiative (2007). Internet Filtering in Vietnam in 2005-2006: A Country Study. <http://opennet.net/studies/vietnam#toc4c>
- 3) www.amnesty-seamran.de/Vietnam
- 4) Reporter ohne Grenzen (2009). Internet Enemies. <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2009/Internetbericht.pdf>